

1063/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Lichtenberger, Freundinnen und Freunde haben am 13.7.2000 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 1151/J betreffend "Ausbau der Alemagna" gerichtet. Ich beehre mich, diese wie folgt zu beantworten:

ad 1 und 2

Wie in der Präambel der vorliegenden Anfrage ausgeführt, hat Österreich zahlreiche Bemühungen unternommen um der italienischen Regierung die Besorgnis der Anrainergemeinden darzulegen. So wurde im angesprochenen Ministerratsbeschluss vom 3. September 1996 bereits festgehalten, dass das Straßenbauprojekt „Alemagna“ eine bedeutende Zunahme des grenzüberschreitenden Verkehrsaufkommens in Österreich zur Folge hätte und damit zu einer Überlastung der vorhandenen Verkehrswege führen würde. Diesem Umstand könnte wiederum nur durch den Bau neuer, hochrangiger Straßenprojekte begegnet werden, was dem Umweltschutz und dem Schutz unserer Alpen widersprechen würde.

Demgemäß wurde in mehreren Depeschen der italienischen Regierung gegenüber bekräftigt, dass auf österreichischem Staatsgebiet keine neuen, hochrangigen alpenquerenden grenzüberschreitenden Straßenverbindungen vorgesehen sind und damit ein Weiterbau dieses schon Jahrzehnte alten Projektes in Österreich nicht geplant ist.

Diese Strategie wurde bis heute beibehalten und findet damit ihre Entsprechung in der hinlänglich bekannten österreichischen Verhandlungsposition zum Verkehrsprotokoll im Rahmen der Alpenkonvention, wonach die Vertragsparteien auf den Baueben solcher hochrangiger Straßen verzichten. Schließlich war es gerade diese Beharrlichkeit Österreichs, die die Alpenanrainerstaaten für die besondere Transitslage Österreichs sensibilisiert und erst die Erfüllung der Vorgabe der Alpenkonvention durch das eben vorliegende Protokollpapier ermöglicht hat. Für detailliertere Informationen darf ich auch auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie verweisen.

Ich darf Ihnen versichern, dass an der von Österreich seit Jahren eingenommenen Haltung keine Änderung eintreten wird. Im Gegenteil, wir werden unsere Bemühungen gegenüber den italienischen Partnern noch verstärken, um auch Italien von der Notwendigkeit der Unterzeichnung des im Rahmen der Umsetzung der Alpenkonvention ausgearbeiteten Verkehrsprotokolls zu überzeugen.

ad 3

Der Schutz der Umwelt in den betroffenen Regionen ist uns seit jeher ein großes Anliegen, das nicht zuletzt dazu geführt hat, dass Österreich in den mehrjährigen Verhandlungen zum Verkehrsprotokoll jene Positionierung eingenommen hat, wonach keine neuen, hochrangigen alpenquerenden Straßen gebaut werden dürfen. Dies hat letztendlich dazu geführt, dass es nach zehnjährigen Verhandlungen nun endlich gelungen ist, eine wohl für alle Vertragsparteien akzeptable Lösung zu finden, mit der die Vertragsparteien auf die Errichtung neuer, hochrangiger Straßen für

den alpenquerenden Verkehr verzichten. Mit der Unterzeichnung und anschließenden Umsetzung dieses Protokolls wird wohl auch dem Konfliktpotenzial um die Alemagna wirksam begegnet werden können.